



OLIVIER LABAN-MATTEI / AFP

soll den vorliegenden Vertragstext nur dort kürzen oder umschreiben, wo es „absolut notwendig“ sei, damit alle EU-Staaten ihm zustimmen könnten. Zur Disposition stellt Merkel EU-Symbole wie Flagge und Hymne, die vorgesehene „Grundrechte-Charta“ und alles andere, was allzu hochtrabend nach „Verfassung“ klingt. Stattdessen soll der Entwurf einen möglichst bürokratisch-technischen Titel bekommen, damit Franzosen, Niederländer und Briten das Schmalspurwerk umsetzen können, ohne erneut ihre Bürger befragen zu müssen. Nicht aufschnüren dürfe man dagegen das mühsam austarierte Paragrafen-Paket zur Stimmenzahl jedes Landes und zu den Mehrheitsverhältnissen, warnt Merkel – eine erneute Diskussion dieses brisanten Teils könnte den Verfassungsvertrag endgültig scheitern lassen.

INNERE SICHERHEIT Nutzer zahlen Überwachungszeche

Der am Mittwoch vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf zur Telekommunikationsüberwachung wird das Telefonieren und das Surfen im Internet teurer machen. Hintergrund sind die umstrittenen neuen Vorgaben zur Vorratsdatenspeicherung. Um künftig wie gefordert ein halbes Jahr lang speichern zu können, wer mit wem wie lange telefoniert hat, müssen Telekom-Firmen dem Branchenverband Bitkom zufolge insgesamt 50 bis 75 Millionen Euro in ihre Infrastruktur investieren. Hinzu kämen zusätzlich jährlich zweistellige Millionensummen für Personal und den „erheblichen organisatorischen Mehraufwand“. Anders als früher vorgesehen sollen die Firmen den Mehraufwand nicht erstattet bekommen, sondern nur 17 Euro pro Stunde, angelehnt an die Regelung zur Zeugenentschädigung, erhalten. Die Regierung geht deshalb dem Entwurf zufolge davon aus, dass die Anbieter die Kosten auf die Kunden abwälzen und das Preisniveau „geringfügig“ steigt. Bitkom-Geschäftsführer Bernhard Rohleder appelliert an die Politik, an die früheren Vergütungspläne anzuknüpfen: „Von der Automobilindustrie erwartet auch niemand kostenlose Polizeifahrzeuge.“ Justizministerin Brigitte Zypries bekräftigt auf Anfrage, für „eventuell nötige Investitionskosten“ sei „keine Entschädigung vorgesehen“. Über die Höhe der Entschädigung bei einzelnen Auskünften werde indes „derzeit diskutiert“.

AFFÄREN

Unglückliche Lösung

Weitere Kreise zieht der Skandal um veruntreute Fördermillionen an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Zu den Professoren, die sich durch die kriminellen Machenschaften einiger Kollegen getäuscht fühlen, gehört auch Christine Volkmann, die Schwiegertochter von Altkanzler Helmut Kohl. Die Betriebswirtschaftlerin, seit 1999 Mitglied der Fachhochschule, hat dort den Unesco-Lehrstuhl für „Entrepreneurship and Intercultural Manage-



Kohl, Volkmann

ment“ inne. Den Festvortrag zur Verleihung des Lehrstuhls vor zwei Jahren hielt Schwiegervater Kohl. Diese Veranstaltung wurde von einem der Hauptbeschuldigten in der Subventionsaffäre mitgesponsert, der zudem auch Volkmanns wissenschaftlichen Mitarbeiter finanziert. In beiden Fällen sei dies

durch die Leitung der Hochschule veranlasst worden, betont die Wissenschaftlerin, die die Bezahlung ihres Mitarbeiters aus heutiger Sicht für eine „unglückliche Lösung“ hält. Vom Subventionsbetrug habe sie erst durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bochum erfahren.

BARBARA LÄSER / FH GELSENKIRCHEN